

Menzingen, 3. September 2025

POSTULAT von Simon Leuenberger

betreffend

Auswertung der partizipierenden Personen nach Alter und Geschlecht bei Wahlen und Abstimmungen im Kanton Zug

Der Regierungsrat wird eingeladen, zu prüfen und zu berichten, wie bei kantonalen sowie eidgenössischen Urnengängen im Kanton versuchsweise die Alters- und Geschlechterverteilung der tatsächlich abstimmenden Personen ausgewertet und praxisnah dargestellt werden kann. Dabei ist insbesondere zu klären:

Datengrundlage & Methode:

- Nutzung der Informationen aus den eingegangenen Stimmrechtsausweisen bzw. dem Stimmregister (Jahrgang/Geburtsdatum/Geschlecht) zur Ermittlung der Alters- und Geschlechterverteilung der Teilnehmenden;
- Auswertung ausschliesslich aggregiert, z. B. in Fünfjahres-Kohorten (18–19, 20–24, ..., 85+) und männlich/weiblich, ohne Personenbezug.

Wahrung des Stimmgeheimnisses & Datenschutz:

- Sicherstellung, dass aus den Auswertungen keinerlei Rückschlüsse auf das Stimmverhalten einzelner Personen oder kleiner Gruppen möglich sind (z. B. Mindestfallzahlen, Unterdrückung zu kleiner Zellen);
- Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorgaben und allfällige erforderliche Rechtsgrundlagen. Sollte die Rechtsgrundlage nicht bestehen ist eine solche zu schaffen.

Organisation & Aufwand:

- Zusammenarbeit mit den Gemeinden;
- Einschätzung des personellen, finanziellen und technischen Aufwands (inkl. allfälliger IT-Unterstützung wie Scan/Erfassung der Jahrgänge und Geschlechter).

Publikation & Nutzen:

- Veröffentlichung der Resultate nach jedem Urnengang in geeigneter Form, vorzugsweise als Open Data;
- Darstellung mindestens kantonsweit; soweit datenschutzkonform möglich, auch nach Gemeinden;
- Beschreibung des Mehrwerts für politische Bildung, zielgruppenspezifische Teilnahmesteigerung und die Evaluation von Partizipationsmassnahmen.

Der Regierungsrat wird eingeladen, ein Pilotprojekt für die nächsten geeigneten Urnengänge, spätestens aber zu den kantonalen Gesamterneuerungswahlen 2026, zu skizzieren. Der Pilotversuch ist zu evaluieren und bei positivem Ergebnis in den Regelbetrieb zu überführen, inklusive Sicherstellung der Regelfinanzierung und – wo erforderlich – rechtlicher Verankerung.

Begründung (mit Quellen):

Die Stimmbeteiligung variiert in der Schweiz deutlich nach Alterskohorten. Repräsentative Nachbefragungen (VOTO) zum Urnengang vom 27. September 2020 weisen z. B. 45 % Beteiligung bei den 18–29-Jährigen gegenüber 73 % (60–69) und 77 % (70+) aus. Dies unterstreicht den Bedarf, die tatsächliche Altersstruktur der Teilnehmenden systematisch zu monitoren.[1]

Methodisch ist eine solche Auswertung mit Verwaltungsdaten erprobt: Die Stadt Zürich weist seit Jahren Beteiligungskennzahlen nach Alter und Geschlecht aus, basierend auf den eingegangenen Stimmrechtsausweisen; die Erhebung erfolgt getrennt von Wahl-/Abstimmungsunterlagen und unter Begleitung des Datenschutzes.[2] Zudem werden Ergebnisse regelmässig als Open Data publiziert.[3] Diese Praxis zeigt, dass sich die Altersverteilung der tatsächlich Teilnehmenden datenschutzkonform ermitteln lässt, ohne das Abstimmungsgeheimnis zu tangieren.

Auch der Kanton St. Gallen nutzt mit der Stimmbeteiligungsstatistik STISTAT einen datenbasierten Ansatz: In mehreren Gemeinden werden eingescannte Stimmrechtsausweise mit Bevölkerungsstatistiken verknüpft, um die Beteiligung nach Alter und Geschlecht auszuweisen. Die Methode ist dokumentiert und wird laufend angewendet.[4]

Forschungsseitig belegt u. a. eine Studie der Universität Bern (Dermont/Stadelmann-Steffen) auf Basis von Stimmregisterdaten der Stadt St. Gallen über mehrere Urnengänge, dass junge Erwachsene im Durchschnitt seltener und selektiver partizipieren als ältere Jahrgänge – ein weiteres Argument für eine regelmässige, belastbare Altersstatistik als Grundlage wirksamer Massnahmen der Partizipationsförderung.[5]

Der rechtliche Rahmen ist klar: Art. 34 BV garantiert die freien politischen Rechte und schützt die unverfälschte Stimtabgabe. Eine rein aggregierte Auswertung der Altersstruktur – ohne Bezug zu individuellen Stimmentscheiden – wahrt das Abstimmungsgeheimnis vollständig. Gleichzeitig ist seit 1. September 2023 das revidierte Datenschutzgesetz (DSG) in Kraft; es verlangt Datenminimierung und angemessene Anonymisierung, was durch Kohortenbildung und Unterdrückung kleiner Zellen gewährleistet werden kann.[6]

Fazit:

Vorliegende Evidenz und Verwaltungspraxis belegen Nutzen und Machbarkeit einer Alters- und Geschlechterauswertung auf Basis der eingegangenen Stimmrechtsausweise. Das Pilotprojekt erlaubt, Aufwand, Datenschutzvorkehrungen (Kohortenbildung, Mindestfallzahlen) und Publikationsformate (Grafik + Open-Data-Tabelle) sauber zu testen – ohne Risiko für das Stimmgeheimnis.

Quellen

- [1] VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 27. September 2020, Tab. 2-1 (Beteiligung nach Alter). ZDA/FORS/LINK, November 2020. [Voto](#)
- [2] Stadt Zürich, Präsentation «Die politische Landschaft der Stadt Zürich», Folie «Datenquellen und Datenschutz» (Scan der Stimmrechtsausweise, nicht der Wahlzettel; Begleitung Datenschutz). [Stadt Zürich](#)
- [3] Open Data Zürich: «Beteiligung am Urnengang ... nach Alter und Geschlecht» (Beschreibung: Anzahl eingegangener Stimmrechtsausweise, aufgeschlüsselt nach Alter/Geschlecht) sowie Medienmitteilung «Junge Frauen so aktiv an der Urne wie noch nie» (Datenquelle: Stimmrechtsausweise). [data.stadt-zuerich.ch](#) [Stadt Zürich](#)
- [4] Kanton St. Gallen, Fachstelle für Statistik: **STISTAT** – Methodendokumentation (eingescannte Stimmrechtsausweise; Verknüpfung mit Bevölkerungsstatistik) und aktuelle Auswertungen nach Alter/Geschlecht. [Kanton St. Gallen](#)
- [5] Dermont, C. / Stadelmann-Steffen, I. (2014): *Die politische Partizipation der jungen Erwachsenen. Erkenntnisse der St. Galler Stimmregisterdaten*. Universität Bern. [easyvote](#)
- [6] EJPD: Neues Datenschutzrecht – Inkrafttreten revidiertes DSG per 1. September 2023. [Bundesamt für Justiz](#)